

Dieser Text ist entstanden u.a. im Rahmen von Auseinandersetzungen über die Katastrophe in Fukushima, über den so genannten „Ausstieg“ aus der Atomenergieproduktion in der BRD, über die Atomtransporte und weltweite Beteiligung auch deutscher Konzerne und Banken am internationalen Atomgeschäft.

*Beteiligt waren Aktivist*innen aus der anti-AKW-Bewegung, u.a. aus dem Umfeld der Systemoppositionelle-Atomkraft-Nein-Danke-Gruppe (SAND), Hamburg (www.nadir.org/sand, sand@nadir.org) und der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS), Bremen (www.MAUS-Bremen.de, maus@maus-bremen.de).*

*Kommentare, Ergänzungen und Kritik sind willkommen,
dieser Text wird ständig überarbeitet.
Moderation: Fritz.Storim-global@web.de*

**militärische und zivile Nutzung der Atomkraft
heißt Verletzung und Ermordung vieler Millionen
Menschen und Zerstörung der Umwelt ! ¹⁾**

**die Verantwortlichen für das Atomgeschäft aus
Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik
beim Namen nennen und Wege entwickeln, sie
zur Rechenschaft zu ziehen !**

**aber das werden wir nicht ausschließlich
erreichen durch Analysen, durch Argumente und
Appelle an die Politiker*innen oder durch
juristische Prozesse, sondern:
da müssen wir schon selbst auch Hand anlegen !**

¹⁾ www.MAUS-Bremen.de, Textarchiv:

„Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen – 1996“,

„zur Philosophie der Neuen Weltordnung und zur Utopie von „Solidarität“, „Kommunikation“ und „Befreiung“, 2005“

youtube: „Kommunikation als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen“, für einen eigenen Begriff von Recht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand. - Rede auf der Veranstaltung: 30 Jahre BI Lüchow-Dannenberg, 24. Feb. 2007.

Hiroshima, 6. Aug. 1945, 3 Tage später Nagasaki, auf beide Städte warfen die USA eine Atombombe.

Geschätzte Tote bis Ende 1946 zusammen 230 000, an den Spätfolgen starben bis Ende 1981 zusätzlich ca. 150 000 Menschen. Auch jetzt erkranken und sterben immer noch Menschen an den Folgen.

(Die Zahlen sind als Größenordnungen zu verstehen, die auf das Ausmaß der Bedrohung einerseits und auf die Skrupellosigkeit andererseits, mit denen politische und ökonomische Interessen durchgesetzt werden, hinweisen sollen. Die wirklichen Auswirkungen, das Leid der betroffenen Menschen, sind durch Zahlen gar nicht zu erfassen.)

Die Menschen in den betroffenen Gebieten wurden und werden auch noch als Versuchskaninchen eines nuklearen Experiments benutzt. Sie wurden lange über ihre eigene Gefährdung im Unklaren gelassen.

Die Bombe war ursprünglich für Berlin vorgesehen, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden. Bis zur letzten Sekunde vor der Kapitulation haben deutsche Wissenschaftler*innen an der Herstellung einer eigenen Atombombe gearbeitet, um den Krieg für das deutsche Reich zu gewinnen.² Nach der Kapitulation Deutschlands entschieden sich die USA, die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen.

Für die USA-Politiker*innen eine Machtdemonstration - speziell gegenüber der damaligen Sowjetunion -, für die Wissenschaftler*innen ein Freilandexperiment an konkreten lebenden und toten "Objekten".

Eisenhower hat dann vor der UNO 1953 das „Atom for Peace“ - Programm erfunden, um in diesem Windschatten in Ruhe weiterhin Atombomben bauen zu können.

Seit 1945 wurden bei ober- und unterirdischen Atomexplosionen (2047 Tests, durch die USA davon 1051; Stand 17. Aug. 95) gewaltige Mengen Spaltprodukte in die Biosphäre freigesetzt; das entspricht mehr als 40 000 Hiroshima-Bomben. Emissionen aus Atomanlagen, die auch größere Unfälle einschließen, erhöhen die Gesamtbelastung noch, die zu einem erheblichen Teil aus langlebigen radioaktiven Isotopen besteht, die sich Tausende von Jahren in der Stratosphäre halten.

die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft sind zwei Seiten einer Medaille!

Sie haben technologisch gemeinsame Grundlagen (Uranabbau, Urananreicherung, Uranmunition, Plutonium aus Brennstäben separieren, know-how, ...) Deshalb haben viele Staaten, die Atomwaffen entwickelt haben oder entwickeln wollen ihr Atomwaffenprogramm als sogenanntes ziviles Programm getarnt.

Auch in der damaligen BRD war die Motivation für den Bau von Atomkraftwerken das machtpolitische Bestreben, eigene Atomkraft zu werden und die Unabhängigkeit vom Öl anderer Länder. Den großen Energiekonzernen wurden durch gigantische staatliche Subventionen in Forschung und

²) „Die Nacht der Physiker, Heisenberg, Hahn, Weizsäcker und die deutsche Atombombe“, Richard von Schirach, 2012 Berenberg Verlag.

Entwicklung und dann in die laufende Technik diese Energieform erst profitabel gemacht.³⁾
Die Produktion von Atomenergie ist bei Weitem die teuerste und gesundheitlich schädlichste.

Die sichere Urangewinnung, der sichere Betrieb von Atomanlagen (auch im „Normalbetrieb“⁴⁾)
und die sichere „Entsorgung“ von Atommüll sind bisher gänzlich ungelöst und auch nicht vorstell-
bar.

einen „Grenzwert“, „Schwellenwert“ oder „Toleranzgrenzen“ für die Verträglichkeit radioaktiver Strahlung gibt es nicht⁵⁾).

So steckt hinter der Festlegung von „Grenzwerten“ der Strahlenschutzverordnung für radioaktive
Strahlung nicht die Sorge um das Wohlergehen der Menschen, sondern die Absicht, für
Entwicklung und Betrieb von Atomanlagen günstige Bedingungen zu schaffen.

Die Ideologie der „Grenzwerte“ soll über das tödliche Risiko hinwegtäuschen. Weltweit werden
weiterhin viele Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung von Krankheit und Tod betroffen
sein.

Die Atompolitik der verschiedenen Regierungen und der Atomindustrien ist gekennzeichnet durch
Verschweigen, Verschleiern und Verharmlosen der Katastrophen und der Auswirkungen von radio-
aktiver Strahlung.

Dabei beruhen die Gefahren, die von der Atomtechnologie ausgehen, nicht etwa auf Unwissenheit,
auf Irrtum, sondern werden bewusst in Kauf genommen: Tod und Krankheit sind lediglich Faktoren
in der Macht- und Kosten-Nutzen-Rechnung von Industrie und Staat.

Die herrschende wissenschaftliche Lehrmeinung hat jahrzehntelang dazu beigetragen und trägt wei-
terhin dazu bei, diese Gefahren zu verharmlosen, und hat sich als Handlanger ökonomischer und
politischer Interessen betätigt - herrschende Wissenschaft ist immer auch Wissenschaft der
Herrschenden!

Wenn Kritiker*innen der Atomtechnologie weltweit wissenschaftlich diffamiert und politisch ver-
folgt wurden/werden und versucht wurde/wird, sie mundtot zu machen, ist das in diesem Kontext
zu sehen.

³⁾ Nach einer Studie von Greenpeace (2010) hat die Atomindustrie in Deutschland Subventionen von über 200
Milliarden Euro erhalten.

⁴⁾ P. Kaatsch, C. Spix, S. Schmiedel, R. Schulze-Rath, A. Mergenthaler, M. Blettner: „Epidemiologische Studie zu Kin-
derkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie)“ – Vorhaben 3602S04334, 2007.
Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz – Bremen (MAUS e.V.), www.MAUS-Bremen.de : Wewelsfleth und die
Krebsfälle – „wie Regierung, Behörden und Atomkonzerne Anliegen der Bevölkerung ignorieren, untätig sind und Pro-
bleme aussitzen.“ 14.03.2012, und dort zitierte Literatur, u.a. zu Kinder-Leukämie-Anstieg um das AKW-Krömmel und
um französische AKWs.

⁵⁾ Selbst die Generaldirektorin der WHO Margaret Chan erklärte am 04.05.2011 vor Mitgliedern der kritischen „Initiati-
ve für eine unabhängige WHO“: „Es gibt keine ungefährlichen Niedrigwerte radioaktiver Strahlung“. Bislang hatte die
WHO immer die von der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) vorgegebene Position vertreten, radioaktive
Strahlung unterhalb bestimmter Grenzwerte sei ungefährlich. (taz.de, 06.05.2011)

so sind auch die Atomkatastrophen wie z.B. in
Majak/Rußland (1957), in Windscale/Großbritannien
(1957), in Harrisburg/USA (1979), in Tschernobyl/Ukraine
(1986), in Fukushima/Japan (2011), oder auch die an vielen
anderen Orten dieser Welt keine Naturkatastrophen sondern
ein Verbrechen,
und das Verbrechen ist noch lange nicht zu ende!

Wenn wir jetzt auf **Japan** schauen,
dann sind wir von Traurigkeit und tiefem Mitgefühl mit der Bevölkerung erfüllt.
Wir sind entsetzt und erschüttert, aber wir sind auch voller Wut und Zorn.
Wir wussten immer, dass so eine Katastrophe nicht auszuschließen ist.

Über 40 Jahre weisen wir – durch unzählige Analysen, auf Veranstaltungen, Erörterungsterminen, Prozessen, mit Artikeln, Demonstrationen und anderen Aktionen – darauf hin, dass diese Technologie nicht beherrschbar ist, dass sie ein Verbrechen an Mensch und Umwelt darstellt, dass auch die Parolen:

„deutsche Atomkraftwerke sind sicher“,
„ohne Atomstrom gehen die Lichter aus“, und
„Atomstrom als Brückentechnologie“,

Werbelügen für das große Geschäft waren und sind.

Jetzt stellt sich uns die Frage:

Haben wir bisher genug getan, haben wir alle unsere Möglichkeiten ausgeschöpft, waren wir radikal genug, um dieser Atompolitik ein Ende zu bereiten?

Diese Frage müssen wir uns für die Gegenwart und Zukunft neu beantworten!

Selbst die großen Katastrophen mit ungezählten Toten und Verletzten ⁶⁾ haben die Verantwortlichen

⁶⁾ nur um einige zu nennen (s. auch Wikipedia, die freie Enzyklopädie):

* in Kychtym in der kerntechnischen Anlage **Majak** in Rußland (29. Sept. 1957, sehr große Mengen radioaktiver Substanzen wurden an die Umwelt abgegeben, Stufe 6 (der damaligen 6-stufigen Bewertungsskala INES)),

* in **Windscale** (jetzt Sellafield) in Großbritannien (10. Okt. 1957, Brand setzt eine Wolke mit erheblichen Mengen rad. Materials frei, Stufe 5 von 6),

* in **Idaho/USA** im Versuchsreaktor der USA-Armee SL-1 (03. Jan. 1961, bei einer Explosion wurden große Mengen rad. Substanzen freigegeben),

* in **Michigan/USA** im Schnellen-Brüter-Reaktor **Fermi 1** (05. Okt. 1966, partielle Kernschmelze),

* die Beinahe-Katastrophe in **Lingen** (1968, Steuerstäbe ließen sich nicht einfahren, es drohte eine Kernschmelze),

für das Atomgeschäft nicht dazu bewegt, ihr mörderisches Projekt einzustellen.

Als 2006 in Forsmark (Schweden)- in einem Vattenfall-AKW - nach einem Kurzschluss der Reaktor vom Netz ging, die Kühlung komplett für 23 Minuten ausfiel und dann einer der Chef-Ingenieure öffentlich sagte: „Wir standen sieben Minuten vor der Kernschmelze“ - was geschah dann? Vattenfall feuerte den Mann und alles läuft wie gehabt.

Die Welt ist jetzt, nach der Katastrophe in **Japan**, eine andere als die, die sie vor der Katastrophe war.

Und die nukleare Katastrophe ist noch lange nicht unter Kontrolle. Auch die Situation in den zerstörten Atomanlagen ist noch völlig ungeklärt. Das Innere der Reaktorgebäude und insbesondere der Bereich des Sicherheitsbehälters sind aufgrund der Strahlenbelastung noch nicht zugänglich. Große Mengen Radioaktivität werden nach wie vor freigesetzt. Die ausgetretene Radioaktivität hat viele Städte und Dörfer für lange Zeit in unbewohnbare Gebiete verwandelt – ca. 200.000 Menschen wurden unmittelbar nach dem Super-Gau in einem Umkreis von 20 -30 km evakuiert -, und viele Menschen werden noch jahrzehntelang, ja über mehrere Generationen hinweg mit der Angst vor den Folgen für ihre Gesundheit leben. Es werden nicht nur weite Landstriche unbewohnbar werden, auch die Luft, das Wasser des Pazifik und die Meeres-Tiere und - Pflanzen sind betroffen. Das Wasser mit radioaktivem Material hat sich über den halben Pazifik verteilt. Große Teile des Landes werden auf Jahrzehnte oder Jahrtausende verstrahlt sein, große Teile der Bevölkerung werden extremen Gesundheitsbelastungen ausgesetzt sein.

Wie in Tschernobyl vor 26 Jahren wird das Ausmaß der Katastrophe verheimlicht, heruntergespielt und verharmlost.

* im Versuchsreaktor **Lucens/Schweiz** (21.01.1969, partielle Kernschmelze, Stufe 4-5 von 6),

* in **Harrisburg/USA** im Atomkraftwerk **Three Mile Island** (28. März 1979, partielle Kernschmelze, Stufe 5 von 6),

* im Departement Loir-et-Cher im **AKW Saint-Laurent /Frankreich** (13. März 1980, das Schmelzen eines Brennelements führte zur Kontamination des Gebäudes, Stufe 4 von 6),

* in **Tschernobyl/Ukraine** nahe Prypjat (26. April 1986, Explosion des Reaktor-Block 4, Kernschmelze, Stufe 7 von 7). Unabhängige Expert*innen gehen von 1,8 Millionen Toten weltweit aus, die in der Folge von Tschernobyl gestorben sind und noch sterben werden. Die IAEO hingegen sprach von 50 Todesopfern („Die Geldmaschine“, Sebastian Pflugbeil, TAZ 28.11.2011). „Viele Liquidatoren, schätzungsweise zwischen 50 000 bis 100 000, sind gestorben und 90 Prozent von ihnen sind schwer erkrankt. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet das: 540 000 bis 900 000 junge Männer sind infolge von Tschernobyl schwer erkrankt.“ (Angelika Clausen von IPPNW, April 2006)

* 12. September 1986, kerntechnischer Unfall in der staatlichen **Atomforschungsanlage GKSS** neben dem AKW-Krümmel. In den Jahren 1990/91 trat ein signifikanter Anstieg von Leukämie bei Kindern auf. Bis in die Gegenwart ist das Leukämievorkommen dort dreifach erhöht. Mitglieder der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission vermuten, den kerntechnischen Unfall im Jahre 1986 als Ursache für die Erkrankungen. Es wird vermutet, dass die BRD im Geheimen versucht hat, Experimente für die Bau einer eigenen Atombombe durchzuführen. s. www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Elbmarsch Dokumentation2.8MB.pdf

* in **Tokaimura** in Japan (1997, Wiederaufbereitungsanlage, Brand und anschließende Explosion in der Anlage zur Verfestigung von rad. Flüssigabfällen, Regierung: „wir haben über 40 Jahre zu viel Vertrauen in die Atomindustrie gesetzt“),

* in **Tokaimura/Japan** (1999, Brennelementfabrik, unkontrollierte Kettenreaktion, 3 km Evakuierung),

* die Beinahe-Katastrophe in **Forsmark/Schweden** 2006,

* und am 11. März 2011 **Fukushima/Japan** (Stufe 7 von 7).

Insgesamt haben bereits knapp 50 % der untersuchten Kinder aus Fukushima-Stadt Veränderungen an der Schilddrüse.

Die Regierung nahm zunächst alle 50 Reaktoren des Landes vom Netz, monatelang kam das Land ohne Atomstrom aus. Seit Anfang Juli fährt jedoch die Kansai Electric Power Co (Kepco) die Reaktoren des AKW Oi wieder hoch.

Und wenn Menschen hier meinen, Japan ist ja so weit entfernt und das trifft uns hier nicht, dann irren sie sich. Auch wir werden – zumindest längerfristig – die Auswirkungen zu spüren bekommen. Luftströmungen haben radioaktives Material aus Fukushima in den Wochen nach der Katastrophe auch bis nach Europa und Nordamerika getragen.

Die ersten Radionuklide aus Fukushima (Jod-131, Cäsium-134, -137) sind auch inzwischen in dem 9000 km entfernten Bremen gemessen worden – im Regenwasser, im Gras, in Flusssedimenten und in Kuh-Milch (Landesmessstelle für Radioaktivität, Bremen, Juli 2011). Radionuklide (wie z.B. Plutonium) im Meer werden in der Nahrungskette weitergereicht und irgendwann auch uns erreichen. ⁷⁾ **Radioaktivität kennt keine nationalen Grenzen!**

„Offizielle Expert*innen“ ⁸⁾ weisen immer wieder darauf hin, dass die Mengen gering und die gemessenen Strahlenwerte gesundheitlich unbedenklich sind. Das ist – wie schon oben ausgeführt – reine Irreführung und soll nur der Beruhigung dienen.

Das zeigt sich auch daran, dass in Japan die Grenzwerte nach der Katastrophe mehrfach heraufgesetzt wurden, um nicht noch mehr Menschen evakuieren zu müssen und die bäuerliche Nahrungsmittelproduktion nicht ganz zum Erliegen zu bringen und um Arbeiten an den Reaktorruinen zu ermöglichen. Die Regierung hat die Bevölkerung in verschiedenen Gebieten mit einer radioaktiven Belastung von 20 Millisievert pro Jahr. (der Grenzwert für die Bevölkerung betrug vor der Katastrophe 1 Millisievert pro Jahr) aufgefordert, zurückzukehren.

Und wenn wir jetzt nach **Japan** schauen, stellen wir mit großer Freude fest, dass der Widerstand dort sprunghaft gewachsen ist. Mehrmals gab es in letzter Zeit Demonstrationen mit über 200 000 Teilnehmer*innen. Besonders auch, nachdem die Energieproduktion aus Atomkraft durch die Wiederinbetriebnahme von zwei Reaktoren wieder aufgenommen wurde.

Bei einer Kyoda-Umfrage sprach sich eine Mehrheit von 55,2 % der Befragten gegen die Wiederinbetriebnahme von Atomreaktoren aus.

Am Freitag, den 14.09.2012 kündigte die Regierung von Ministerpräsident Yoshihiko Noda an, dass bis zu den 2030er Jahren, die rund 50 Atomkraftwerke vom Netz gehen sollen und auch keine neuen gebaut werden. Bestehende Reaktoren, die die neue Regulierungsbehörde für sicher hält, sollen hingegen wieder hochgefahren und bis zum Ende der Abschaltfrist betrieben werden können. Drei im Bau befindliche Atomkraftwerke sollen noch fertiggestellt, an der Wiederaufbereitungsanlage in der Präfektur Aomori soll festgehalten werden. (s. auch Strahlentelex Nr. 618-621, 4. 10. 2012, „Japans unverbindlicher Ausstiegsbeschluss“)

Im April 2014 verkündete der heutige Regierungschef Shinzo Abe, der auf seiner Europareise

⁷⁾ s. auch: umwelt – medizin – gesellschaft, 4/2011, Novembr 2011 „Freigesetzte Radioaktivität aus der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Pazifik und in der Nahrungskette.“

⁸⁾ s. auch Bundesamt für Strahlenschutz: „Die Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima nach dem Seebeben vom 11. März 2011“, März 2012. <http://www.bfs.de>

Berlin besuchte, den Ausstieg aus dem Ausstieg. Mehr als drei Jahre nach der Nuklearkatastrophe will Japan die Atomanlage Sendai des Betreibers Kyushu Electric Power – zwei stillgelegte Atomreaktoren – wieder hochfahren. Und zwar in der Nähe eines aktiven Vulkans. Derzeit erden Stück für Stück die japanischen AKW sicherheitstechnisch nachgerüstet, um danach wieder ans Netz zu gehen.

Im Fall Fukushima ist die Betreiberfirma Tepco (Tokyo Electric Power Company) inzwischen Pleite. Bisher hat die japanische Regierung – nach Presseberichten - über 26 Milliarden Euro in Tepco reingesteckt. Damit ist Tepco de facto verstaatlicht. Entschädigungen, Kosten für die Stilllegung und Entsorgung der zerstörten Reaktoren, sowie die Lagerung des Atom Mülls/der Brennstäbe werden nun von der japanischen Steuerzahler*in getragen werden müssen.)

Die japanischen Konzerne Toshiba, Hitachi und Mitsubishi sind weiterhin am internationalen Bau von AKW beteiligt.

wenn jetzt in Deutschland von „Ausstieg“ und „radikaler Energiewende“ geredet wird,

wenn die noch 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung für AKWs zurückgenommen wurde, wenn die ältesten 7 AKWs und das AKW-Krömmel stillgelegt worden sind:

ist das sicher einerseits ein Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes der anti-AKW-Bewegung , andererseits ist es bitter, dass es dafür einer weiteren Katastrophe bedurfte, und wir empfinden das ganze Gerede vom „Ausstieg“ und von „Energiewende“ als dreiste Lüge und Irreführung, als Zynismus und Menschenverachtung, z.B.:

* wenn in Deutschland 9 AKWs weiterlaufen dürfen (ab Januar 2016 sollen schrittweise weitere stillgelegt werden, spätestens am 31. Dezember 2022 sollen keine AKWs in Deutschland in Betrieb sein), d.h. 11 Jahre garantiertes Restrisiko und ständige Belastung auch durch den sog. Normalbetrieb, und jederzeit die Möglichkeit zum Wiedereinstieg,

* wenn so eine weitere Anhäufung von nicht entsorgbarem Müll produziert wird,

* wenn Uranabbau, Weiterverarbeitung und Forschung weiter laufen.

z.B. wenn in Gronau (Uran-Anreicherungsanlage (UAA)) und in Lingen (Brennelementfabrik) unvermindert die Produktion von Atombrennstoff für den internationalen Markt weiter läuft und die Vielzahl von Atomforschungszentren (z.B. auch die Forschungsreaktoren: Helmholtz-Zentrum Berlin, TU-München - Garching, Universität Mainz – Institut für Kernchemie) vom Atomausstieg ausgeschlossen sind. ⁹⁾

⁹⁾ In Almelo (Niederlande) hat die Regierung den Ausbau der UAA auf 6200 t im Jahr genehmigt, Gronau (Firma Urenco, weltweit gibt es 14 solcher Anlagen, u.a. in Tricastin in Frankreich) soll auf eine Kapazität von 4500 t ausgebaut werden. Zusammen wären das 20% des Weltmarktes. Mit dieser Menge könnten 37 bis 38 AKWs mit einer elektrischen Nettoleistung von 1300 MW pro Jahr betrieben werden.

Außerdem soll dort ein Zwischenlager für Uranmüll (für bis zu 60.000 Tonnen Uranoxid) ausgebaut werden. Die Brennelementfabrik in Lingen verarbeitet jährlich 650 Tonnen Uran zu Brennelementen. Auch sie versorgt damit AKWs weltweit.

* wenn die Bundesregierung über Hermes-Bürgschaften rund um den Globus Investitionen in Atomprojekte absichert (verändert sich zur Zeit ständig), ¹⁰⁾

„Die Bundesregierung schließt trotz Atomausstieg hierzulande die Förderung deutscher Firmen beim Bau neuer Atomkraftwerke im Ausland nicht aus. Das geht aus einer Antwort der Regierung an die Grünen hervor. Das Bundeswirtschaftsministerium erklärte, der Atomausstieg in Deutschland habe auf die souveräne Entscheidung anderer Staaten, Nukleartechnologie zu nutzen, keinen Einfluss.“ (Junge Welt, 13.08.2012)

Am internationalen Atomgeschäft wird weiter offensiv mitgemischt.

* wenn Materialien für Bau und Betrieb von Atomanlagen hergestellt und exportiert werden, und deutsche Firmen und Banken (z.B. Hypo Vereinsbank) Bau und Betrieb in anderen Ländern betreiben (verändert sich zur Zeit ständig), ¹¹⁾

* wenn Atomstrom importiert oder exportiert wird,

* und wenn weltweit etwa 436 Reaktoren in Betrieb (141 in Europa), 64 im Bau, 163 in Planung sind. (Januar 2013, www.world-nuclear.org/info/reactors.html, verändert sich ständig) ¹²⁾

Der EU-Energiekommissar Günther Oettinger – ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg – will bis 2030 40 neue Atomkraftwerke in der EU bauen lassen. In dem im Dezember 2011 bekannt gewordenen Entwurf „Energy Roadmap 2050“ bezeichnet er die Atomkraft als „wichtigen Faktor“.

„Der IAEA-Generaldirektor resümiert, die Kernenergie ist wieder ein globaler Wachstumsmarkt.“¹³⁾

*** und wenn die sog. Energiewende unter kapitalistischem Kommando stattfinden soll: zentralisiert in Großanlagen (z.B. DesertTech, Off-Shore-Windparks) und im Besitz der mächtigen**

Auch heute findet weiterhin die bundesdeutsche Atomforschung maßgeblich im „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ statt. Dort wurde ein Großteil der nuklearen Technologie von verschiedenen Reaktortypen bis zur Wiederaufbereitungsanlage entwickelt.

Auf dem Gelände ist wohl das größte oberirdische Atommüllager in Deutschland mit mehr als 100000 Fässern.

¹⁰⁾ z.B. soll für den Atomkonzern Areva eine Ausfallbürgschaft von bis zu 1,3 Milliarden Euro für die Fertigstellung des brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 bei Rio de Janeiro genehmigt werden. Der Bau wurde 1984 begonnen und zwei Jahre später wegen finanzieller Probleme wieder eingestellt. Cello Bermann (Professor an der Universität Sao Paulo) sagte in einem Interview mit der Zeitschrift *ila* (Informationsstelle Lateinamerika e.V., www.ila-web.de) vom November 2011 über die Hintergründe für das brasilianische Atomprogramm: „Das Militär will einen neuen Reaktor, um als Atommacht auf internationaler Ebene mehr Gewicht zu haben.“

Brasilien und Argentinien halten am Ausbau ihrer Atomkraft grundsätzlich fest, Chile plant den Einstieg, in Mexiko ist keine Debatte um Ausstieg erkennbar, Venezuela und Peru erteilen der Atomenergie eine Absage. (Latein Amerika Nachrichten, 442, April 2011, (www.lateinamerika-nachrichten.de))

Weiter gibt es Anfragen nach Hermes-Bürgschaften für Großbritannien (Wylfa), Finnland (Pyhäjoki), China (Hainan), Indien (Jaitapur), Rumänien, Tschechien.

¹¹⁾ das von E.ON geführte finnische Energiekonsortium „Fennovoima“ will an der Westküste Finnlands (in Pyhäjoki) einen neuen Reaktor bauen. Ein weiterer Neubau soll am Standort Olkiluoto erfolgen. Auch andere deutsche Energiekonzerne halten Auslandsbeteiligungen an AKWs.

¹²⁾ s. auch Wikipedia, die freie Enzyklopädie, unter: „Kernenergie nach Ländern“. Z.B. werden auch in Frankreich, Rußland (baut 11 neue, plant weitere 16, z.B. in Kaliningrad), Türkei, Polen, Litauen, Tschechien (in Temlin), in den Arabischen Emiraten, in verschiedenen Ländern in Afrika, den USA (23 neue geplant), Indien, China (baut 26 neue, 32 weitere geplant) Atomanlagen gebaut oder der (Aus)-Bau von Anlagen ist geplant.

¹³⁾ „Die Kernenergie ist wieder da“, Wolfram Weimer, Handelsblatt, 27.06.2014.

Konzerne und Banken und Energie weiterhin als Ware, um Profite zu machen, produziert wird.

es wird ungehindert am internationalen Atomgeschäft weiter mit gemischt !
das zeigt sich auch daran:

Norddeutschland internationale Drehscheibe für Atomtransporte !

*„Zum Betrieb der AKWs in der BRD ist eine Vielzahl von **Transporten radioaktiver Stoffe** zwischen diesen und anderen in- und ausländischen Atomanlagen erforderlich. Insgesamt gibt es 12 Standorte mit in Betrieb oder Stilllegung befindlichen AKWs und 21 Standorte anderer Anlagen, die in nennenswertem Umfang Ausgangs- und Zielort von Transporten radioaktiver Stoffe im Rahmen der Atomenergienutzung zur Stromproduktion sind.*

Darüber hinaus durchqueren Deutschland Transporte radioaktiver Stoffe zur Energienutzung im Transit aus und zu europäischen Staaten und Staaten in Übersee. (S. 6)...

In der BRD finden jährlich 500.000 Transporte radioaktiver Stoffe statt. Davon stehen knapp 10.000 Transporte in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Atomenergienutzung zur Stromerzeugung. Das Gefahrenpotential dieser Transporte ist deutlich höher als das der übrigen 490.000.

Die Zahl der Kernbrennstofftransporte (nach §2, §3, §4 Atomgesetz) mit Ausgangs- oder/und Zielort in der BRD schwankt von 2001 bis 2008 zwischen 371 und 578. (S.7, S.47)...

Es ist kaum in der Öffentlichkeit bekannt, dass es beim Transport radioaktiver Stoffe in der Vergangenheit bereits zu einer Vielzahl von Transportvorkommnissen bis hin zu Unfällen gekommen ist. (S. 33) ...“¹⁴⁾.

Auf öffentlichen Druck hin haben sich Städte oder Länder wie z.B. Emden, Wilhelmshaven, Lübeck, Cuxhaven, Rostock, Kiel inzwischen zumindest gegen bestimmte Transporte über ihre Häfen ausgesprochen und diskutieren teilweise über die Möglichkeit einer Entwidmung ihrer Häfen für Atomtransporte.

Über Stadtgebiete von Hamburg, Bremen/Bremerhaven und Rostock gehen fast täglich Atomtransporte¹⁵⁾ - und demnächst wahrscheinlich auch über Nordenham.

Damit ist Norddeutschland eine wichtige Drehscheibe im internationalen Atomgeschäft. Uranoxide, das extrem giftige Uranhexafluorid, unbestrahlte und bestrahlte Brennelemente oder andere Produkte im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomtechnologie werden in den Häfen umgeschlagen und/oder durch die Stadtgebiete transportiert.

¹⁴⁾ Aus „Studie zu Transporten radioaktiver Stoffe in Bundesrepublik Deutschland.“, Auftraggeber: Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Auftragnehmer: intac – Beratung – Konzepte – Gutachten zu Technik und Umwelt GmbH. Hannover, Februar 2011 – ergänzt im September 2011.

¹⁵⁾ s. verschiedene Filme zu Atomtransporten auf youtube (Atomtransporte, Hamburger Hafen) und bei Graßwurzer TV, www.MAUS-Bremen.de, Textarchiv (verschiedene Texte zu Atomtransporten) und www.nadir.org/sand .

Empfänger und Absender des atomaren Materials sind Orte in der ganzen Welt, u.a. in: Deutschland, Dänemark, Belgien, Schweiz, Niederlande, Schweden, Großbritannien, Norwegen, Frankreich, Spanien, Kanada, USA, Argentinien, Australien, Süd-Korea, Russland (z.B. auch Brennelemente mit Uran und Plutonium aus Atombomben oder U-Booten. s. S.Z. 15./16.09. 2012; Strahlentelex Nr. 618-621, 04.10.2012) , Kasachstan, Namibia, Brasilien, Süd-Afrika, Finnland.

ein gut florierender weltweiter Handel!

Teilentwidmung des Bremer Hafens

Die bremische Bürgerschaft hat am 31.01.2012 auf öffentlichen Druck hin die Teilentwidmung (Sperrung) der bremischen Häfen für den Umschlag (nicht aber für den Transit !) von „Kernbrennstoffen“ (nach Definition Atomgesetz §2 Abs. 1) beschlossen. Rot-Grün hat die Teilentwidmung so formuliert, dass der Senat Ausnahmegenehmigungen ohne Beteiligung der Bürgerschaft und völlig geheim erteilen kann. Ein Großteil der Atomtransporte über die Häfen ist von diesem Umschlagverbot nicht erfasst. Ca. 80 % der Atomtransporte sind keine „Kernbrennstoffe“, sondern Vorprodukte oder Abfallstoffe der Produktion von Atomenergie.

Die CDU hat gegen diese Teilentwidmung vor dem Staatsgerichtshof geklagt. Am 17. Juni 2013 ist darüber das Urteil gesprochen worden.

Der Bremer Staatsgerichtshof hat den Normenkontrollantrag, mit dem die CDU-Bürgerschaftsfraktion die Entwidmung der Bremer Häfen für den Umschlag von „Kernbrennstoffen“ als rechtswidrig erklären wollte, mit 4 gegen 3 Richter*innenstimmen als unzulässig zurückgewiesen.

Ebenfalls als unzulässig wurden die beiden Hilfsanträge der CDU zurückgewiesen – das Verfahren auszusetzen, um die Streitfrage vom Bundesverfassungsgericht beziehungsweise vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen.

Die Richter*innen wiesen die Klage ab, weil die Länder selbst entscheiden dürfen, was in den Häfen umgeschlagen wird.

damit bleiben die Bremer Häfen für den Umschlag von „Kernbrennstoffen“ weiterhin gesperrt !

Das ist schon mal ein schöner Erfolg des Anti-AKW-Widerstandes, daran sollten wir anknüpfen und nicht locker lassen. ^{16 17)}

Entwidmung durch Volksentscheid

¹⁶⁾ s. ausführlich: www.nadir.org/SAND

¹⁷⁾ s. BREMISCHE BÜRGERSCHAFT, Drs. 18/211, 24. Januar 2012: „... Im Interesse einer grundsätzlich auf Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien ausgerichteten Gesamtwirtschaft ist der Umschlag von Kernbrennstoffen im Sinne des § 2 Abs. 1 des Atomgesetzes ausgeschlossen. Der Senat kann allgemein oder im Einzelfall Ausnahmen zulassen, insbesondere für Kernbrennstoffe, die unter der Regelung in § 2 Abs. 2 Satz 2 des Atomgesetzes fallen oder nur in geringen Mengen im Umschlagsgut enthalten sind. ...“ Etwa 18 % aller Atomtransporte über Bremische Häfen sind Kernbrennstoffe.

Die Bremer CDU hat Klage gegen diese Festschreibung vor dem Staatsgerichtshof eingereicht, weil sie in dem Verbot einen Verstoß gegen die Landesverfassung sieht.

Die Europäische Kommission hat am 16. August die Vorstufe eines Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. In einem sogenannten Pilotverfahren will Brüssel prüfen, ob die entsprechende Änderung der Bremer Hafenordnung die EU-weite Warenverkehrsfreiheit einschränkt. Bis Ende September hat die Bundesregierung Zeit, eine Stellungnahme abzugeben. Danach wird über das Verletzungsverfahren entschieden.

Die Bremische Bürgerschaft hat es abgelehnt, die Häfen für alle Atomtransporte zu sperren. So können nur noch die Bremer*innen per Volksentscheid das Gesetz ändern. Für die Zulassung sind 5000 gültige Unterschriften nötig. Wird das Volksbegehren zugelassen, müssen später 25000 Unterschriften gesammelt werden. Damit kann ein Volksentscheid, also eine Abstimmung ähnlich einer Wahl, erzwungen werden.

(Bremer Initiative gegen Atomtransporte (brigat)

<http://www.atomtransporte-verhindern.de>, brigat2012@web.de)

entging Hamburg am 1. Mai nur knapp einer Atomkatastrophe ?

Am 1. Mai brannte im Hamburger Hafen der Container- und Autofrachter „Atlantic Cartier“ der Atlantic Container Line (ACL). Die Gruppe SAND (Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke) informierten die Öffentlichkeit, dass dieses Schiff meistens auch radioaktive Stoffe geladen hat. Erst nach öffentlichem Druck und einer parlamentarischen Anfrage der Grünen gab der Senat zwei Wochen später zu, wie gefährlich der Brand für die Bevölkerung war. Stückchenweise werden auf Nachfragen immer mehr erschreckende Details zur Beinahe-Katastrophe bekannt und vieles ist noch unklar.

Nachfragen ergaben, dass aus bisher unbekannter Ursache ein Feuer auf dem Schiff ausgebrochen war, das um 19:30 Uhr entdeckt wurde. Ca. 30 Minuten später wurde die Feuerwehr informiert, die dann durch eigene Inaugenscheinnahme feststellte, dass Gefahrgüter an Bord waren. Neben 70 Autos befanden sich auch radioaktive Stoffe wie Uranhexafluorid (UF₆) und neue Brennelemente für AKWs, sowie Munition, Ethanol und Sprengstoffe bzw. Raketenantriebsstoffe an Bord - ein brisanter Cocktail.

Maßnahmen die Gefahrenstoffe aus dem gefährdeten Bereich zu entfernen wurden erst um 23:08 Uhr eingeleitet. 33 Container mit gefährlichen Gütern wurden dann bis 3:35 Uhr aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich entfernt (ca. 8 Stunden nach Feuerausbruch). Der Brand konnte aber erst um 5:11 Uhr unter Kontrolle gebracht werden. Er war somit 9 Stunden und 41 Minuten nicht beherrschbar. Die Gesamteinsatzdauer der Feuerwehr betrug 15,5 Stunden. „Die Dauer der Löscharbeiten war bedingt durch die schwierigen Zugangsmöglichkeiten zum Brandherd verbunden mit den hohen Temperaturen und den schlechten Sichtmöglichkeiten vor Ort.“¹⁸⁾

30 Autos haben gebrannt. Die Brandursache ist bisher ungeklärt.

Der Hamburger Hafen liegt mitten im Stadtgebiet. In der Nähe, ca 500 – 1000 Meter entfernt, fanden verschiedene Veranstaltungen des Kirchentags ab dem 1. Mai mit insgesamt über 100000 Menschen statt. Eine Entzündung oder Freisetzung des Gefahrguts hätte unvorstellbare Folgen haben können.

Wenn auch dieses mal alles noch gut gegangen ist, kann das keine Sicherheit und Beruhigung für zukünftige ähnliche Transporte sein.¹⁹⁾

Risiken für die Bevölkerung

Unfälle, die zu einer Freisetzung radioaktiver Stoffe führen, können verheerende Folgen haben - unabhängig davon, ob es sich um ortsfeste Anlagen handelt oder um Transporte. Transporte haben jedoch ihre eigene Problematik: Sie sind schwieriger zu schützen, die Behälter können nicht immer ausreichend ausgestattet sein, gefährliche Stellen lassen sich nicht ohne weiteres umfahren, und

¹⁸⁾ Antwort des Senats, Drucksache 20/7891 vom 17.5.2013

¹⁹⁾ s. www.freieradios.net/56172

schließlich werden alle Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen dadurch erschwert, dass Unfälle an nicht vorhersehbaren Orten geschehen, was nachweislich passiert ist.

Die Auswirkungen am 1. Mai brannte im Hamburger Hafen der Container- und Autofrachterungen eines Unfalls, d.h. die Strahlenbelastung Einzelner oder ganzer Bevölkerungsgruppen und die daraus folgenden Gesundheitsschäden, hängen im konkreten Fall unter anderem von Art, Menge und Form der freigesetzten Stoffe ab, von Emissionshöhe, Wetterbedingungen, Geländestruktur, Verhalten der Radionuklide in der Biosphäre und im Menschen sowie von Maßnahmen, die zur Verringerung der Strahlendosis ergriffen werden.

Das kann tiefe Eingriffe in das Leben der Bevölkerung bedeuten - Räumung von Gebieten, zeitweise Umsiedlung, Abtragen der obersten Bodenschichten einschließlich des Bewuchses (und „sichere“ Endlagerung!), Dekontamination von Straßen und Gebäuden, Nutzungseinschränkungen, um nur einiges zu nennen.

Transporte von abgebrannten Brennelementen in die Plutoniumfabriken (z.B. nach La Hague/Frankreich oder nach Sellafield/Großbritannien) sind seit dem 01.07.2005 gesetzlich untersagt worden. Transporte von "bestrahlten" (abgebrannten) Brennelementen aus sog. Forschungsreaktoren dürfen dagegen weiterhin erfolgen. Solche Transporte sind schon alleine aufgrund der hohen biologischen Wirkung der Neutronenstrahlung nicht zu verantworten. Die auftretenden Strahlendosen sind hoch und können zur Zeit nicht mit annähernd ausreichender Genauigkeit erfasst werden.²⁰⁾

Bei einem Zusammenstoß z.B. zwischen Güterzug und Transportbehälter und anschließendem mehrstündigen Feuer können große Mengen Cäsium-134 und Cäsium-137 freigesetzt werden. Gammastrahlung und mit Cäsium belastete Nahrungsmittel führen zu einer jahrzehntelangen Strahlenbelastung von Mensch und Umwelt.²¹⁾

Bei Unfällen mit Uranhexafluorid (UF₆)-Transporten ist wesentlich dessen chemisch hohe Toxizität wirksam: Bei Freisetzung von UF₆ bilden sich mit der Luftfeuchte sofort Flußsäure und andere giftige Fluorverbindungen, die schwere Verletzungen der Atemwege verursachen. Je nach Witterungsbedingungen können bis in ca. 600 m Entfernung vom Unfallort tödliche Konzentrationen auftreten. Die Zahl der Todesopfer im städtischem Gebiet wird um die Größenordnung von 1000 abgeschätzt.

Bei schweren Unfällen, die mit Freisetzung von UF₆ oder Plutonium verbunden sind, gibt es keine effektiven Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Die Katastrophenschutzplanung kann bei schweren Unfällen im Zusammenhang mit Transporten dieser Substanzen nur begrenzt greifen.²²⁾

wie können wir uns im Falle eines Atom-Unfalls schützen?

Für Betroffene im unmittelbaren Umfeld gibt es keinen Schutz. Die einzig sichere und vernünftige Präventionsmaßnahme ist, diese Transporte zu verhindern.

"Angaben zu den Transportfirmen und den Schiffsnamen sowie zu den Transport-routen sind aus Sicherheitsgründen bundesweit als Verschlussache eingestuft. Im Übrigen berühren die Fragen die Einsatztaktik der Polizei, über die der Senat grundsätzlich keine Auskunft gibt." Und "...Zu den

²⁰⁾ siehe hierzu auch: "Gefährdung der Gesundheit durch Strahlung des CASTOR, Horst Kuni, IPPNW, 1996", und "Die biologische Wirkung von Neutronenstrahlung wird weiterhin unterschätzt", Strahlentelex 254-255, 1997, und dort zitierte Literatur.

²¹⁾ siehe hierzu auch: "Strahlenbelastung bei Unfällen und unfallfreiem Transport", Restrisiko Nr. 1, Greenpeace Hamburg und dort zitierte Literatur.

²²⁾ siehe hierzu auch: "Zur Sicherheit von Transporten radioaktiver Stoffe auf dem Gebiet der Stadt Saarbrücken", Cornelius Noack, Gerald Kirchner, Bernhard Fischer, Fachbereich Physik, Universität Bremen, Report Nr. 46, Dezember 1990 und dort zitierte Literatur.

Einzelheiten der Schutzmaßnahmen gibt der Senat aus Sicherheitsgründen keine Auskunft." ²³⁾
Aber wie sollen wir uns schützen, wenn die Transporte im Geheimen ablaufen ?

unser Kampf ist noch lange nicht zu ende ! wir setzen uns nach wie vor ein :

für die bedingungslose und endgültige Stilllegung aller AtomAnlagen und AtomWaffen und der dazugehörigen Infrastrukturen – z.B. auch der Atomtransporte - und auch für die Veränderung der Ursachen – nämlich die gesellschaftlichen Verhältnisse – die solche zerstörerischen Technologien erst ermöglichen, sofort und weltweit !

- * Uranabbau, Uranhandel, Urananreicherung, Uranmunition, Urantransporte und alle weiteren Verwendungen des Urans gehören abgeschafft.
Uran muss in der Erde bleiben – überall auf der Welt. Ob in Australien, Niger, Gabun, Südafrika, Indien, Iran, Russland, Kasachstan, Kanada oder in den USA.
- * für Export- und ImportVerbot von Atomtechnik, Atomenergie und Atomwaffen (z.B. auch von Uranmunition).
- * für Beteiligungsverbot deutscher Firmen, Banken und Forschungseinrichtungen an Atomprojekten jeglicher Art weltweit !
keine staatlichen Hermes-Bürgschaften für Atomprojekte anderer Länder!
- * für Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland !
- * für die Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne und Dezentralisierung der EnergieProduktion und -Versorgung!
- * für die Herstellung von Energie als Gemeingut und nicht als Ware, um Profite zu machen!
für sparsame und effiziente EnergieNutzung!
- * Atomtransporte sind die Achillesferse der Atomindustrie, sie sind für die Atomindustrie von größter strategischer Bedeutung.

Es geht nicht nur darum, die Transporte sicherer zu machen. Auch mit den sichersten Transporten wären z.B. Tschernobyl oder Fukushima nicht ver-hindert worden. Die Transporte müssen immer im Zusammenhang mit ihrer Funktion, den Betrieb von Atomkraftwerken zu gewährleisten, gesehen werden. Atomtransporte verhindern heißt – neben gesundheitlichem Schutz der Bevölkerung – die Atomanlagen stilllegen, und das ist genau unser Ziel.

aber das alles werden wir nicht ausschließlich erreichen durch Analysen, durch Argumente und Appelle an die Politiker*innen oder durch juristische Prozesse,

²³⁾ Antwort des Hamburger Senats vom 02.06.2009, Drucksache 19/3011 auf eine große Anfrage der Fraktion Die Linke.

sondern: da müssen wir schon selbst Hand anlegen !

Und das heißt auch:

Die Verantwortlichen für das Atomgeschäft - und damit auch für die vielen Toten und Verletzten - aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik beim Namen nennen und Wege entwickeln, sie zur Rechenschaft zu ziehen das sind in Deutschland u.a.:

* die 4 großen Stromkonzerne: Vattenfall, E.on, EnBW, RWE,

* und auch die ehemalige Rot-Grüne Regierung Schröder-Fischer-Trittin mit ihrem Konsensvertrag zur Bestandssicherung der deutschen Atomanlagen – der Garantie von beträchtlichen Laufzeiten und Profiten -, zum Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau usw. (Unterzeichnung am 11. Juni 2001, zwischen E.on, RWE, HEW, EnBW und der Bundesregierung),

* und jetzt auch die Schwarz-Gelbe Regierung, die gerade noch (2010) - mit Merkel-Westerwelle-Röttgen - die Laufzeitverlängerung beschlossen hatte,

* und ganz aktuell die CDU/CSU, die FDP und die Grünen, wenn sie gemeinsam nach der Katastrophe in Fukushima im Rahmen des sog. „Ausstiegs“ den Weiterbetrieb von Atomanlagen erst einmal für weitere 10 Jahre beschlossen haben (30. Juni 2011).

Die Anreicherungsanlage in Gronau, die Brennelementfabrik in Lingen, die Atomforschungszentren und Forschungsreaktoren, die Exportgeschäfte mit Atomtechnologie und die Bürgschaften für den Bau von Atomanlagen weltweit sind von dem Ausstiegsbeschluss gar nicht erfasst (s. oben).

* aber auch die (Natur-)Wissenschaftler*innen und Techniker*innen, wenn sie sich „wertneutral“ jeder gesellschaftlichen Positionierung verweigern, wenn sie wider besseren Wissens schweigen :
-- um angeblich „die Bevölkerung nicht zu beunruhigen“ .“Es gibt so viele Gefahren, denen wir ausgesetzt sind, da sollte man die Radioaktivität nicht so aufbauschen“,
-- um den sog. „wertfreien, objektiven Charakter von Wissenschaft nicht in Frage zu stellen“, wenn sie sich politisch äußern/sich gesellschaftlich einmischen und dadurch angeblich auch „das internationale Ansehen von Forschung und Universität gefährden“:

die Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen Auswirkungen von wissenschaftlicher Erkenntnis gilt besonders in den Naturwissenschaften als „unwissenschaftlich“.

Ergebnisse/Erkenntnisse der Naturwissenschaften werden in weiten Kreisen der Bevölkerung als objektive, wertfreie „Wahrheiten“ angesehen und die Wissenschaftler*innen in ihrer Arbeit als neutral und unpolitisch verstanden (Wissenschaftsgläubigkeit!). Diese Sichtweise verleiht der Wissenschaft eine nicht hinterfragbare, anonyme Autorität. Hier gilt es zu überprüfen, wieweit herrschende Wissenschaft immer auch Wissenschaft der herrschenden Verhältnisse ist.(s. auch die Rolle der deutschen Wissenschaft und Wissenschaftler*innen als einer der tragenden Säulen im deutschen Faschismus))²⁴⁾

-- um „Drittmittel und StiftungsProfessuren aus der Industrie nicht in Frage zu stellen“ ²⁵⁾

²⁴⁾ s. Richard von Schirach, „Die Nacht der Physiker, Heisenberg, Hahn, Weizäcker und die deutsche Bombe“, Berenberg Verlag, Berlin.2012.

²⁵⁾ s. Strahlentext 598-599, 2011, S. 11: „die vier größten deutschen Energiekonzerne EnBW, Vattenfall, RWE und E.on finanzieren nach Informationen der Frankfurter Rundschau an Universitäten rund 30 Stiftungsprofessuren. ...“

-- um sich nicht außerhalb des schweigenden Konsens der wissenschaftlichen Community zu stellen und dadurch die eigene Karriere zu gefährden.

-- ...

Da gab und gibt es nur wenige Ausnahmen, die dann auch noch oft politisch verfolgt, mit Berufsverbot belegt und versucht wurden und werden mundtot zu machen.

Bilanz

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft, nationalistische Überheblichkeit und wissenschaftlicher und technologischer Machbarkeitswahn waren und sind die Ursachen/Rechtfertigungen für grausame Verletzungen und Ermordung mehrerer Millionen Menschen und Zerstörung der Umwelt durch radioaktive Strahlung durch den Einsatz von Atombomben und Atomkraftwerken.

Die Sicherheit für die Bevölkerung wird dabei machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen untergeordnet.

Militärische und zivile Nutzung der Atomkraft sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Motivation für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und der dazu notwendigen Atomanlagen war und ist das machtpolitische Streben, eigene Atomkraft zu werden und die Unabhängigkeit vom Öl anderer Länder.

Und so ist die Entwicklung, der Bau und der Betrieb von Atomanlagen ein Verbrechen !

Und die daran Beteiligten aus Wissenschaft, Technik, Politik, Industrie und Wirtschaft müssen beim Namen genannt werden, und Wege entwickelt werden, sie zur Rechenschaft zu ziehen !

„Grenzwerte“, „Schwellenwerte“ oder „Toleranzgrenzen“ für die Verträglichkeit radioaktiver Strahlung gibt es nicht. So steckt hinter der Festlegung von „Grenzwerten“ nicht die Sorge um das Wohlergehen der Menschen, sondern die Absicht, für Entwicklung und Betrieb von Atomanlagen günstige Bedingungen zu schaffen.

Die Produktion von Atomstrom ist für die Atomindustrie nur deshalb so profitabel, weil sie aus machtpolitischem Interesse durch ungeheure Summen staatlich subventioniert wurde und wird.

Der sog. „Ausstieg“ ist eine Mogelpackung, er wird genutzt im Sinne einer Ökologisierung kapitalistischer Energie- und MachtPolitik²⁶⁾ (große zentrale Projekte wie DesertTech oder Off-

²⁶⁾ z.B. um Macht- und Kapitalinteressen am Hindukusch/Afghanistan oder anderswo ökologisch zu verteidigen, könnte es – z.B. im Rahmen der Ideologie der Grünen konsequent weitergedacht - heißen:

Ja zum Krieg, aber ökologisch - deshalb fordern wir:

- den mit Biosprit betriebenen 3 Liter Panzer,
- mit Solarenergie betriebene Raketen,
- recycelbare Leichensäcke,
- kein Uran in panzerbrechende Waffen. (s. www.MAUS-Bremen.de, das politische Plakat)

Die Heeresprecherin Karen Baker teilte 2001 in Washington mit: US-Streitkräfte wollen künftig umweltfreundlichere Munition verwenden. So sollen Gewehrkugeln statt Blei das weniger giftige Wolfram enthalten. „Wir wollen gut mit der Umwelt umgehen“, sagte sie. (ap, TAZ 04.05.2001)

Shore-Windparks im Besitz mächtiger Konzerne und Banken). Energie soll weiterhin als Ware, um Profite zu machen, produziert werden und soll zugleich der Integration des politischen Widerstandes dienen. Das internationale Geschäft von Industrie und Banken geht unverändert weiter.

Und nicht zu vergessen, auch die abgeschalteten Atomanlagen und der übrige Atommüll werden über nicht absehbare Zeiträume Leben und Umwelt weiterhin beschädigen und gefährden. Es gibt weltweit – auch wissenschaftlich – keine Ideen für die sichere Lagerung von Atommüll.

Das Geschäft mit der Atomtechnologie und Atomenergie macht deutlich, wie ganz bewusst mit dem Leben und der Gesundheit von Mensch und Umwelt spekuliert wird. Die Gier nach Profit und Macht geht über Leichen. (Solange alles funktioniert spielt ein abgeschriebenes AKW pro Tag bis zu einer Million Euro ein. Das ist eine reine Gelddruckmaschine)

Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass die Atomtechnologie kein Fehler, kein Irrtum, auch kein Auswuchs dieser herrschenden Verhältnisse ist, sondern bewusster, konsequenter Ausdruck. Für die Konzerne steht ihr Profitinteresse im Vordergrund und dafür nehmen sie Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Umwelt – auch für viele Generationen - billigend in Kauf – die Risiken und Kosten werden dabei vergesellschaftet/auf die Allgemeinheit abgewälzt, die Profite privatisiert! (Kein Versicherungskonzern der Welt ist bereit, die eventuellen Folgeschäden des „Normalbetriebs“ oder einer Katastrophe zu versichern.)

So haben ganz aktuell die großen Energiekonzerne vorgeschlagen, die deutschen Atomkraftwerke einschließlich der Verantwortung für Abriss, Endlagerung und aller draus eventuell entstehenden Kosten wie z.B. auch Entschädigungen in eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu überführen. Der Staat kann dann bis zum geplanten Ende 2022 zum Nutzen der Staatskasse Strom produzieren. Die Allgemeinheit hat mit enormen Subventionen den Einstieg bezahlt, soll jetzt auch noch für den Ausstieg und alle Folgekosten aufkommen.

Wir setzen uns ein für die bedingungslose und endgültige Stilllegung aller AtomAnlagen und Atomwaffen und der dazugehörigen Infrastrukturen – z.B. auch der Atomtransporte - und auch für die Veränderung der Ursachen – nämlich die gesellschaftlichen Verhältnisse – die solche zerstörerischen Technologien erst ermöglichen, sofort und weltweit !

Und für die Herstellung und Verbreitung von Energie als Gemeingut und nicht als Ware, um Profite zu machen.

Deshalb sollte es uns nicht nur ausschließlich darum gehen, bestimmte Symptome – wie Atomtechnologie, Gentechnologie, Klimakatastrophe, Rassismus, Nationalismus, Faschismus, Militarisierung der Gesellschaft, Waffentransporte, Krieg , Gentrifizierung, ... - zu kurieren, sondern in unserem Widerstand auch immer die Ursachen für diese Symptome – nämlich die kapitalistischen Verhältnisse – anzugreifen.

Sonst werden wir gegen ein Symptom nach dem anderen kämpfen – ein Leben lang – ohne unserer Utopie von einer menschlichen Gesellschaft, unserer Utopie von Kommunikation, Solidarität und Befreiung, von Selbstbestimmung und Kollektivität einen Schritt näher zu kommen.

Und das führt dann auch oft dazu, dass viele nach einer „revolutionären Lebensphase“/ nach sog. „Jugendsünden“ sich resigniert zurückziehen und sich in die herrschenden Verhältnisse integrieren, dort Sicherheit und Geborgenheit suchen.

Aber eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse werden wir nicht nur erreichen durch Analysen, Argumente, Appelle, juristische Prozesse, da müssen wir schon auch selbst Hand anlegen. Und um das zu erreichen müssen wir uns bemühen, mit den Gruppen und Menschen, die zu den unterschiedlichen Schwerpunkten politisch arbeiten, zusammenzukommen, um uns gemeinsam auseinanderzusetzen und gemeinsam zu handeln. Das hat uns die Erfahrung aus der

Geschichte der Anti-AKW-Bewegung gezeigt.

Dem Kapitalist Vorwürfe machen, empört über bestimmte sog. „Auswüchse“ sein, suggeriert, dass ein humaner Kapitalismus möglich ist. Aber im Rahmen der kapitalistischen Logik ist eine humane Lösung nicht denkbar:

**der Kapitalismus macht keine Fehler – er ist der Fehler,
und der muss beseitigt werden, damit wir leben können !**

*In diesem Sinne Freund*innen, Genoss*innen:*

** wie schon die Alten sangen:
es rettet und kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns von dem
Elend zu erlösen können wir nur selber tun !*

** vorwärts und nicht vergessen die Solidarität !*

** wir sehen uns wieder auf der Straße !*

(Label: FST-Widerstand-Atom / Dateiname: antiAKW04012012a5 / überarbeitet: 30.07.2014)